

Die Ablehnung bröckelt weiter

ENDLAGER Der Widerstand gegen ein Endlager nimmt weiter ab. Der Bund sieht sein Beteiligungsverfahren als möglichen Grund. Die Abnahme könnte aber eine andere Ursache haben.

In der Schweiz kommen noch drei Regionen für den Bau des Endlagers infrage: das Zürcher Weinland, das Zürcher Unterland nördlich der Lägern und der Aargauer Bözberg. Das hat der Bundesrat kürzlich beschlossen. In rund drei bis vier Jahren schlägt die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) vor, in welcher dieser drei Standortregionen sie das Lager für radioaktive Abfälle bauen will.

Die Standortsuche leitet das Bundesamt für Energie (BFE). «Wie würden Sie es beurteilen, wenn sich ein Atomendlager in Ihrer Nähe befinden würde?» Um diese Frage zu beantworten, gibt das Amt seit 2012 alle zwei Jahre repräsentative Befragungen der deutschsprachigen Bevölkerung in Auftrag. Am Donnerstag hat das BFE die Ergebnisse der vierten Befragung veröffentlicht.

Negative Haltung nimmt ab

Das Resultat: Die starke Ablehnung eines möglichen Endlagers in der eigenen Wohnumgebung ist weiter zurückgegangen. Das war bereits vor zwei Jahren bei der letzten Befragung der Fall. Die negative Einschätzung eines hypothetischen Lagers nimmt seit 2012 ab.

Damals bewerteten noch 66 Prozent der befragten Deutschschweizer ein mögliches Endlager in ihrer Nähe als «sehr negativ». Bis 2018 ist dieser Anteil auf 55 Prozent gesunken. «Spannend», schreibt Stefan Kreis vom BFE, sei der Vergleich der gesamten Deutschschweiz mit den drei verbliebenen Standortregionen Zürcher Weinland, Unterland und Aargauer Bözberg. «Die Ablehnung in den Standortregionen war bereits 2012 geringer als in der gesamten Deutschschweiz und ist bis 2018 deutlich stärker zurückgegangen.» So sei der Anteil mit einer sehr negativen Haltung von 59 im Jahr 2012 auf 43 Prozent dieses Jahr gesunken. Alle bisherigen Befragungen zeigen

zudem, dass mögliche atomare Anlagen wie etwa Kernkraftwerke viel negativer bewertet werden als tatsächlich vorhandene. So sind Anwohner eines solchen Kraftwerks viel weniger negativ eingestellt. «Dieses Phänomen», schreibt Kreis weiter, «könnte ein Grund sein, warum die betroffenen Standortregionen gegenüber einem Tiefenlager weniger negativ eingestellt sind.» Denn die Leute in diesen Regionen würden sich schon seit mehreren Jahren mit einem möglichen Lager auseinandersetzen. «Wer sieht, wie die Standortsuche für ein Tiefenlager umgesetzt wird, gewinnt eine konkrete Vorstellung von diesem Projekt und nimmt die Anlage mit der Zeit weniger negativ wahr.» Damit lobt der Mitarbeiter des BFE die Standortsuche respektive die regionale Partizipation, für die ebendieses Bundesamt verantwortlich ist.

Atomfreundliche Volkspartei

Dass die Ablehnung der Bevölkerung, die von einem bestehenden Kernkraftwerk oder von einem möglichen Endlager betroffen ist, geringer ist als in der übrigen Deutschschweiz, könnte aber eine ganz andere Ursache haben. Der «Landbote» hat das Wahlverhalten der Bevölkerung in den Standortgemeinden der vier Schweizer Kernkraftwerke, des atomaren Zwischenlagers (Zwilag) sowie der drei möglichen Endlagerregionen analysiert. Er betrachtete dafür die Parteistärke der SVP bei den letzten Nationalratswahlen von 2015. Die Volkspartei befürwortet die Atomenergie. Das Ergebnis der Analyse: In allen Standortgemeinden des Zwilag, der Kernkraftwerke sowie in den zentralen Gemeinden der Endlagerregionen ist der SVP-Wähleranteil teilweise deutlich höher als in den dazugehörigen Bezirken. Vergleicht man die Werte dieser Gemeinden mit den Kantonen, wiederholt sich der Befund: Die SVP-Wähleranteile in den dazu-



Der «Hinkelstein» oder «Teufelsstein» bei Marthalen ist als Mahnmahl gegen das Endlager gedacht. Foto: M. Schoder

gehörigen Kantonen sind deutlich niedriger als in den betroffenen Gemeinden.

SVP hat seit 2011 zugelegt

Ist also der SVP-Wähleranteil in einer Standortgemeinde hoch, ist die Ablehnung gegenüber einem Atomkraftwerk oder einem möglichen Endlager tief. Wie aber lässt sich zusätzlich erklären, dass die Ablehnung in der Deutschschweiz auch auf der

Zeitachse seit 2012 abgenommen hat? Eine mögliche Erklärung: Im Jahr 2011 fanden die vorletzten Nationalratswahlen statt, 2015 die letzten. Zwischen diesen beiden Wahlen nahm die Parteistärke der SVP in der deutschsprachigen Schweiz von 29,3 auf 32,9 Prozent zu. Die Stärkung der atomkraftfreundlichen SVP könnte ein Teil der Erklärung dafür sein, dass die Ablehnung atomarer Anlagen abgenommen hat.

Dann wäre allerdings noch zu erklären, wieso diese Ablehnung in den Standortregionen zwischen 2012 und 2018 deutlich stärker zurückgegangen ist als in der übrigen Deutschschweiz. Ein Erklärungsansatz, wenn auch (noch) ohne Datenauswertung: In der Zeit hat die SVP in den Standortgemeinden stärker zugelegt als im Rest der deutschsprachigen Schweiz.

Markus Brupbacher

Fast 100 Leute zum Abschied

OBERSTAMMHEIM An der letzten Versammlung der Gemeinde Oberstammheim wurden noch drei Geschäfte behandelt und genehmigt.

Als letzte der drei politischen Gemeinden des Stammertals hat Oberstammheim seine letzte Gemeindeversammlung am Mittwochabend durchgeführt. Nach Auskunft von Gemeindegeschreiber Andi Pfenninger waren 97 Stimmberechtigte anwesend.

Die drei letzten Geschäfte seien diskussionslos und ohne Gegenstimmen über die Bühne gegangen und angenommen worden, sagt er. Da war zum einen die Genehmigung des Protokolls der Versammlung vom 25. Mai, zum anderen die Bauabrechnung und die Bewilligung eines Zusatzkredites für den Pavillon zur frohen Aussicht auf dem Chilenbückli. Der Kredit für die Mehrausgaben beträgt gut 40 000 Franken. Der Pavillon wurde saniert und ans Strom-, Wasser- und Abwasser-Netz angeschlossen. Drittens wurde noch eine Bauabrechnung gutgeheissen. Wie schon in Unterstammheim und in Wالتالين wurden zum Schluss Behördenmitglieder und Mitarbeiter verabschiedet und beschenkt. Die neue Gemeinde Stammheim startet am 1. Januar. *mab*

In Kürze

HUMLIKON Gemeindeblatt wird digital

Der Gemeinderat in Humlikon hat gemäss Mitteilung beschlossen, die «Huemliker Nachrichten» ab 2019 nur noch online zu publizieren. Auf eine Zustellung in Papier werde verzichtet. *red*

BRÜTTEN Patent erteilt

Denise Furrer hat vom Gemeinderat ein Patent für das Restaurant «s Gondeli» erhalten. *red*

Die tieferen Steuerfüsse hatten im Rat keine Chance

ILLNAU-EFFRETIKON Einen Steuerfuss von 110 Prozent hatte sich die SVP gewünscht. Doch dafür hätte sie im Parlament die Stimmen der FDP und BDP gebraucht. Nun bleibt der Steuerfuss gleich.

Es gehe nicht um die Frage, ob man den Steuerfuss senken könne, sondern darum, ob man ihn senken wolle. Diesen Satz sagte Thomas Hildebrand (FDP), Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK), an der Budgetdebatte im Parlament am Mittwochabend mehr als einmal. Ob man dies jetzt schon tue oder erst später, spiele keine so grosse Rolle. Es spreche aber auch nichts dagegen, ihn bereits fürs kommende Jahr zu senken.

Die Stadt könne es sich leisten. Denn die Abschreibungen fielen im neuen Rechnungslegungsmodell HRM2 tiefer aus, da man das Verwaltungsvermögen nicht aufgewertet habe. Der Ressourcen- ausgleich werde wegen der neuen Abgrenzung höher ausfallen, als er budgetiert sei. Und auch die Grundstückgewinnsteuern seien zu tief ausgewiesen.

Hildebrand plädierte daher dafür, den Steuerfuss um zwei Prozentpunkte auf 111 Prozent zu

senken, wie es auch eine Minderheit der RPK beantragt hatte.

SVP votierte für 110 Prozent

Zur Auswahl standen zwei weitere Steuerfüsse: ein gleichbleibender von 113 Prozent, hinter den sich der Stadtrat und eine Mehrheit der RPK stellte, und einer von 110 Prozent. Für Letzteren

sprachen sich die Gemeinderäte der SVP und einige, aber eben nicht alle Vertreter der FDP aus. «Wir sind die einzige bürgerliche Partei, die geschlossen für einen tieferen Steuerfuss einsteht», hatte René Truninger (SVP) während der Eintretensdebatte betont. Und gefrotzelt: «Die Linke verweigert sich der Realität, die

Mitte ist inexistent und die FDP konnte sich nicht festlegen.»

Stefan Hafen (SP) konterte während der Steuerfussdiskussion: Über die Höhe des Steuerfusses könne man diskutieren, er müsse aber über drei bis vier Jahre gehalten werden. Und er appellierte an die Gemeinderäte: «Lassen Sie sich nicht vom Parteipro-

gramm leiten.» JLIE-Gemeinderat Claudio Jegen hätte sich auch dieses Jahr einen tieferen Steuerfuss gewünscht, nachdem ihn das Parlament ein Jahr zuvor um zwei Prozentpunkte gesenkt hatte. «Doch eine Senkung darf uns nicht in die roten Zahlen führen.» Und Matthias Müller (CVP) rief in Erinnerung, dass Altersvorsorge und -pflege die Stadt zunehmend fordern würden.

Stimmen von FDP/JLIE fehlten

Die fehlenden Stimmen von FDP, JLIE und BDP haben schliesslich dazu geführt, dass die Steuerfuss-senkung keine, auch keine knappe Mehrheit fand. Für den Steuerfuss von 113 Prozent votierten 22, für jenen von 110 Prozent nur 13 Gemeinderäte.

Urs Gut (Grüne) hatte zwar noch einen Antrag auf geheime Abstimmung gestellt. So hätte auch Ratspräsident Markus Annaheim (SP) abstimmen können. Er zog den Antrag aber wieder zurück, nachdem FDP-Gemeinderätin Katharina Morf eine Abstimmung unter Namensaufruf verlangt hatte. Bei dieser Abstimmung hätte der Ratspräsident nur den Stichentscheid gehabt.

Die vorgängige Diskussion zu Erfolgs- und Investitionsrech-

nung des Budgets verlief weit weniger emotional. Die RPK hatte zwar in ihrem Abschied noch elf Änderungsanträge gestellt. Im Rat zog sie aber deren fünf wieder zurück. Man habe teilweise nicht beachtet, dass es sich um gebundene Ausgaben handelte, sagte RPK-Präsident Hildebrand.

Die Einlage in die Vorfinanzierung der Sanierung der Schulanlage Watt von einer Million Franken zog der Stadtrat von sich aus zurück. Somit entfiel der Antrag der RPK, diese zu streichen. Stattdessen verlangte sie nur, eine gleich hohe in die finanzpolitische Reserve zu machen. Gegen Letztere hatte keines der Ratsmitglieder etwas einzuwenden. Sie kam einstimmig durch. Ein Antrag der SVP, diese zu halbieren, scheiterte. *neh*

BUDGET 2019

Stadt Illnau-Effretikon

Erfolgsrechnung der Politischen Gemeinde	
Aufwand	110,08 Mio. Fr.
Ertrag	110,17 Mio. Fr.
Budgetiertes Ergebnis	95 000 Fr.
Gesamtsteuerfuss	113 (-)
Bruttoinvestitionen	14,16 Mio. Fr.



Die Sanierung der Schulanlage Watt in Effretikon wird eine der grössten Investitionen sein.

Foto: Marc Dahinden